

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XXI/88

Bonn, den 9. Mai 1966

Vir veröffentlichten in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 3	Als europäisches Forum unentbehrlich U Thant und US-Politiker beim Straßburger Europarat Von Egon G. Heinrich	126
3	Mietwucher Bücher gegen Mietwuchergesetz	32
4	2,5 Milliarden für Gemeinden Gut funktionierende Partnerschaft in Hessen	53
5	Eiertanz auf gaullistischem Parkett Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	48
6	Spanien: "Zwei Schritte vor, einen Schritt zurück" Wachstumsschwierigkeiten einer sich wandelnden Gesellschaft	50

## Als europäisches Forum unentbehrlich

U Thant und US-Politiker beim Straßburger Europarat

Von Egon C. Heinrich

Die elbässische Metropole Straßburg war in der vergangenen Woche, wie so oft seit 1949, der Schauplatz großer Reden, leidenschaftlicher politischer Debatten für und über Europa. Mit dieser Frühjahrstagung hat der Europarat erneut seine eminente Funktion als europäisches parlamentarisches Diskussionsforum und als Bindeglied zwischen den Ländern der EWG, der EFTA und den "Nichtorganisierten" unter Beweis gestellt.

Angesichts der Krisenerscheinungen in EWG und NATO gewinnt der Europarat immer mehr an Gewicht. Er dürfte in nicht allzu ferner Zukunft auch eine unentbehrliche Plattform zur Darstellung der Deutschlandpolitik werden. Europäisches Parlament und WEU-Versammlung sind für diese Fragen nicht "kompetent" und in den Vereinten Nationen ist Deutschland nicht vertreten. Andererseits richtet der Europarat seine Blicke stärker denn je gen Osten. Der Tag dürfte nicht mehr fern sein, an dem Parlamentarier aus den osteuropäischen Staaten zu Diskussionen in das Straßburger EuropaHaus eingeladen werden. Mitglieder des US-Kongresses sind bereits seit Jahren Teilnehmer an Kolloquien in der Beratenden Versammlung. Wie der Präsident der Beratenden Versammlung erklärte, gibt es keine institutionellen Schwierigkeiten, die einer Einladung an osteuropäische Parlamentarier entgegenstehen würden. In Straßburg sieht man sich prädestiniert dafür, die 300 Millionen Westeuropäer mit den 300 Millionen Osteuropäern politisch auszusöhnen und zusammenzuführen. Gespräche über die Einbeziehung des Ostblocks in die technischen Askenmen des Europarats laufen bereits seit längerem.

Die Tagung begann mit der Neuwahl eines Präsidenten für die Beratende Versammlung. Nach spannendem Verlauf mit wechselnden Mehrheiten siegte im dritten Wahlgang der englische Labour-Abgeordnete Sir Geoffrey de Freitas mit 67 zu 66 Stimmen über den italienischen Liberalen Vittorio Confaloneri Badini. Der Brito tritt damit an die Stelle des französischen Volksrepublikaners und Oberbürgermeisters von Straßburg, Pierre Pflimlin, der nach dreijähriger Amtszeit nicht mehr kandidierte. Die Wahl Sir Geoffreys ist nicht nur deshalb erfreulich, weil der Gewählte ein Sozialdemokrat ist. Seine Wahl ist vor allem deshalb zu begrüßen, weil damit der Wille zur Verschmelzung von EWG und EFTA gerade in einem Augenblick dokumentiert wurde, als sich Großbritannien anschickt, einen zweiten Anlauf zum Eintritt in die EWG zu nehmen. Da Professor Dr. Carlo Schmid Präsident der WEU-Versammlung ist, sind zwei der drei europäischen parlamentarischen Gremien zur Zeit von europäischen Sozialdemokraten "regiert". Nur im Europäischen Parlament gab es seit 1958 noch keinen sozialdemokratischen Präsidenten.

Ein Höhepunkt der Frühjahrstagung war der mehrtägige Besuch von UNO-Generalsekretär U Thant beim Europarat. Ebenso wie etwa zur OECD hat der Europarat schon seit vielen Jahren technische Kontakte zu den Vereinten Nationen und ihren Nebenorganisationen. Diese Beziehungen sollen künftig noch weiter ausgebaut werden. So ist daran gedacht, daß die 18 Mitgliedsländer des Europarates in der UNO geschlossen auftreten und dadurch das Gewicht Europas verstärken sollen. Im

Rahmen dieser Bemühungen besuchte der Generalsekretär des Europarates 1965 die New Yorker UNO-Zentrale. Dieser Besuch wurde jetzt von U Thant erwidert. In einer groß angelegten Rede vor der Beratenden Versammlung befaßte sich U Thant vor allem mit drei Themen:

- \* a) mit der Gefahr eines atomaren Weltkriegs,
- \* b) mit dem Hunger und der wirtschaftlichen Ungleichheit in der Welt,
- \* c) mit den Rassendiskriminierungen und ihren negativen Auswirkungen

Er sprach Europa eine ganz besondere Verantwortung bei der Lösung dieser Fragen zu und warnte die Europäer vor einem "wohlhabenden Provinzialismus oder aggressiven Nationalismus". Straßburg hatte eine große Stunde.

Mit viel Beifall nahm die Versammlung die Ausführungen des englischen Außenministers Michael Stewart und des französischen Staatssekretärs de Broglie auf. Der erste erneuerte die Bereitschaft seines Landes, der EWG unter gewissen Voraussetzungen beizutreten. Der zweite sagte, seine Regierung wünsche, daß England in den Gemeinsamen Markt komme und daß die Spaltung zwischen EWG und EFTA überwunden werde. In Vergleich zu dem französischen Veto von Januar 1963 bedeutet dies eine bemerkenswerte Entwicklung. Der Wunsch nach einem baldigen Arrangement zwischen den beiden europäischen Wirtschaftsblöcken zog sich im Übrigen als ein roter Faden durch alle Diskussionsbeiträge. Auch die SPD-Bundestagsabgeordnete Peter Blachstein und Fritz Kortner betonten nachdrücklich, daß die Wirtschaftsgemeinschaft ohne England und die skandinavischen Staaten nicht vollständig sein könne. Blachstein ging vor allem auch auf die Deutschlandfrage ein und verwies in diesem Zusammenhang auf die Friedensnote der Bundesregierung sowie auf den Briefwechsel und die möglichen Dialoge zwischen SPD und SED.

Zu einer mit bisher ungewohnter Schärfe geführten Konfrontation der US-Politik mit den Ansichten de Gaulles kam es im dem zweiten Kolloquium der Beratenden Versammlung mit Mitgliedern des US-Kongresses. Der Leiter der vierköpfigen US-Delegation, der Demokrat Wayne Hays, warf de Gaulle vor, die NATO zerstören und die Einigung Europas verhindern zu wollen. Es gehe nicht um einen Streit zwischen der USA und Frankreich, vielmehr habe sich die französische Regierung gegen alle Verbündeten und Freunde gewandt. Es handele sich auch nicht nur mehr um eine Reform der NATO, sondern deren ganze Existenz stehe auf dem Spiel. Nach Ansicht Hays will Westeuropa Frankreich nicht als seinen "selbsternannten Sprecher" akzeptieren. "Wer braucht bei solchen Freunden noch Feinde", rief Hays aus. Diese Sätze erhielten zwar den Beifall der Mehrheit der 147 europäischen Parlamentarier, riefen aber eine scharfe Reaktion der Gaullisten Messler und de Grailly hervor. Sie warfen dem Amerikaner vor, die Gesetze der Höflichkeit verletzt zu haben. Das französische Volk und die überwiegende Mehrheit der französischen Nationalversammlung stünden hinter der Politik ihrer Regierung. Frankreich werde dem atlantischen Bündnis treu bleiben, der NATO-Vertrag müsse aber den veränderten Verhältnissen angepaßt werden. Daß das transatlantische Zwiegespräch mit einem Mißklang endete, ist bedauerlich. Andererseits war die Rede von Hays insofern für die Europäer etwas beschämend, als erst ein Amerikaner kommen mußte, um eine so deutliche Sprache zu sprechen. Ist man in Europa schon soweit, der Höflichkeit wegen auf politische Auseinandersetzungen zu verzichten? Die im Europarat mit großer Überraschung aufgenommenen Ausführungen des US-Politikers lassen einen solchen Schluß zu.

Auch diesmal vermißte man in Straßburg wieder die Stimme der offiziellen deutschen Außenpolitik. Die Vernachlässigung des Europarats durch den Bundesaußenminister und sein Amt ist politisch unklug, da sich der Europarat als Tribüne zur Darstellung der "deutschen Anliegen" vor der europäischen Öffentlichkeit geradezu anbietet. Weder Außenminister Schröder noch einer seiner Staatssekretäre waren in Straßburg, obwohl auch eine Sitzung des Ministerkomitees stattfand. Seit seiner Amtsübernahme als Bundesaußenminister hat Schröder erst einmal vor der Beratenden Versammlung des Europarates gesprochen. Man darf sich daher nicht wundern, wenn der deutsche Einfluß im Europarat immer geringer wird. Berücksichtigt ist die Bundesregierung in Straßburg auch wegen ihrer übertriebenen finanziellen Sparsamkeit gegenüber dem Europarat. Dies wird selbst von den deutschen Europaratsbeamten offen eingestanden. So stehen dem Europarat überhaupt keine Mittel zur Unterstützung von jugendlichen Besuchergruppen zur Verfügung, während etwa das deutsch-französische Jugendwerk über 40 Millionen DM disponiert. Außerst knapp sind die Gelder der Straßburger Institution auch für die Öffentlichkeitsarbeit.

#### Mietwucher - Bucher gegen Mietwuchergesetz

Der Bundeswohnungsbauminister Bucher hat sich gegen den von den Sozialdemokraten im Bundestag eingebrachten Gesetzentwurf zur Bekämpfung des Mietwuchers und willkürlicher, sozial nicht gerechtfertigter Kündigungen ausgesprochen. Er habe, ließ er in einem Interview verlässbar, kein Verständnis für den Versuch der SPD, durch Gesetz festzulegen, wo Mietwucher begünne. Kennt der Bundeswohnungsbauminister nicht die bestehenden Miet- und Wohnungsgesetze? Das Prädikat "sozial" verdienen sie nicht, sie sind die Ursache vieler Tragödien. Die Richter, an die bestehenden Gesetze gebunden, sehen sich oft außerstande, den Mieter vor Wucher zu bewahren. Er bleibt in jedem Falle im Nachteil und muß die Wohnung, auch wenn er sie viele Jahre bewohnt, und keinen Anlaß zu Beanstandungen gab, räumen. Die von Bucher nun selbst befürwortete Verlängerung der Räumungsfrist auf zwei Jahre - die einzige Konzession, die er zugestehen will - bringt zwar unmittelbare Erleichterungen für die Betroffenen, vermag aber das Übel nicht an der Wurzel zu packen.

In den weißen Kreisen stehen die Behörden vor geradezu unlösbaren Aufgaben. Scharen von Gekündigten belagern die Ämter, Obdachlosensylve und Notunterkünfte reichen nicht mehr aus, sie sind überfüllt. Gerade kinderreiche Familien und alte Menschen bekommen die noch lange nicht ausgeglichene Lage am Wohnungsmarkt am härtesten zu spüren; ihnen wird nur genommen, worauf sie Anspruch haben: eine menschenwürdige Wohnung. Der Übergang der Wohnungswirtschaft in die Marktwirtschaft vollzog sich nicht so reibungslos, wie manche wahrhaben wollen. Er hinterläßt ein Meer von Tränen und Verbitterung. Gefährliche Spannungsherde tun sich hier auf, die davon Betroffenen fühlen sich von der Gesellschaft ausgeschlossen und verlassen. Hier bahnt sich eine Entwicklung an, die eines Kulturstaates unwürdig ist und dem Geist unseres Grundgesetzes ins Gesicht schlägt: Der sozialdemokratische Gesetzentwurf zur Bekämpfung von Mietwucher und Willkür versucht dieser gefährlichen Entwicklung in unserem Gesellschaftgefüge zu begegnen. Er will die Mietwohnung so schützen, daß sie als Mittelpunkt der Lebensinteressen nicht ständiger Bedrohung ausgesetzt ist. Fehlt unserem Bundeswohnungsminister das Geophr dafür?

### 2,3 Milliarden für Gemeinden

#### Gut funktionierende Partnerschaft in Hessen

H.D. - Die kommunale Selbstverwaltung wird im wesentlichen bestimmt von ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit. Anders ausgedrückt heißt das: Die Selbstverwaltung findet dort ihre Beschränkung, wo der Spielraum für die Durchführung der Beschlüsse der gewählten Körperschaften der Gemeinden, Städte und Landkreise durch die zur Verfügung stehenden, frei verfügbaren finanziellen Mittel eingeengt wird. Da die kommunale Selbstverwaltung aber ein tragender Grundpfeiler des demokratischen Lebens ist, gehört es zu den vornehmsten Pflichten eines fortschrittlichen Staates, die Selbstverwaltung seiner Städte und Gemeinden zu erhalten und zu stärken.

Bekanntlich ist das eigene Steueraufkommen der Gemeinden, das sich aus den sogenannten Realsteuern wie Grund- und Gewerbesteuer zusammensetzt, in den letzten Jahren nicht im gleichen Maße angestiegen wie die Steuern von Besitz, Einkommen und Verbrauch. Die Gründe dafür liegen teils bei der Gesetzgebung des Bundes, der die Kosten berechtigter Leistungen für die Gemeinschaft von den Gemeinden bezahlen läßt und der durch Steueränderungsgesetze Ausfälle zum Beispiel bei der Gewerbesteuer verursacht, teilweise auch bei den noch seit Jahrzehnten unveränderten Einheitswerten von Grund und Boden, die nur ein spärliches Anwachsen der Grundsteuereinnahmen in den Gemeinkassen gestatten.

Bei einer solchen, unzureichenden finanziellen Grundausstattung der Gemeinden müßte früher oder später jegliche Selbstverwaltung zum Erliegen kommen. Die hessische Landesregierung hat daher bereits im Jahre 1956 den kommunalen Finanzausgleich eingeführt und ihn in den folgenden Jahren stets weiter ausgebaut, verbessert und den Gemeinden auf gesetzlicher Grundlage garantiert. So entwickelte sich auch auf finanziellen Sektor die Gemeinschaft von Land und Gemeinden zu einer gut funktionierenden Partnerschaft.

Der von Finanzminister Albert Oswald für das Haushaltsjahr 1966 aufgestellte und vom Hessischen Landtag verabschiedete Landeshaushalt läßt erkennen, daß insgesamt 977,8 Millionen DM in die Kassen der hessischen Städte, Gemeinden und Landkreise fließen. Da das Realsteueraufkommen der hessischen Städte und Gemeinden in diesem Jahr bei einem Aufkommen 1965 von 7207 Millionen DM und einer geschätzten Zuwachsrate von 6,6 Prozent rund 1280 Millionen DM betragen wird, ergibt sich zusammen mit den vom Land Hessen im kommunalen Finanzausgleich zur Verfügung gestellten Mitteln eine Gesamtsumme von 2258 Millionen DM, die den hessischen Gemeinden und Städten in diesem Jahr zur Durchführung ihrer Aufgaben zur Verfügung steht.

Die Bedeutung der unmittelbaren Leistungen des Landes an seine Gemeinden ergibt sich nicht nur aus dem Umstand, daß sie in diesem Jahr um 18,6 Prozent über denen des Vorjahres liegen, sondern auch aus dem Vergleich der gesamten Finanzmasse, die Hessens Gemeinden nach dem kommunalen Finanzausgleich und dem Land zur Verfügung stehen. Dabei ergibt sich, daß den rund 2,3 Milliarden DM in den Kassen der Städte und Gemeinden noch knapp 2,4 Milliarden DM an verbleibenden Landessteuern in der Landeskasse gegenüberstehen. Dieses Verhältnis verschiebt sich zugunsten der Gemeinden noch dadurch, daß im Landeshaushalt mittelbare Leistungen in der Größenordnung von 0,2 Milliarden DM zugunsten der Gemeinden enthalten sind. So ist der Haushalt des Landes Hessen ein getreues Spiegelbild der echten Partnerschaft des Landes mit seinen Gemeinden, das nach seinen besten Kräften für eine stabile Aufrechterhaltung der kommunalen Selbstverwaltung sorgt.

## Eiertanz auf gaullistischem Parkett

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Die Bildung eines linksdemokratischen Schattenkabinetts durch François Mitterrand und das Comeback des früheren französischen Ministerpräsidenten Mendès-France verärgern die französischen Kommunisten. Im Dezember 1965 gaben sie ihre Stimmen notgedrungen dem Linkskandidaten, seither hat die Annäherung zwischen Kommunisten und Gaullisten jedoch bemerkenswerte Fortschritte gemacht.

### Amnestie

Unmittelbar nach der denkwürdigen NATO-Debatte in der Nationalversammlung, in der die Kommunistische Partei mit der französischen Regierung gemeinsame Sache machte, fanden die französischen Kommunisten eine weitere Gelegenheit, ihre Solidarität mit der gaullistischen Regierungspartei zu demonstrieren.

Diesmal ging es um eine rein innenpolitische Angelegenheit, nämlich um die Amnestierung der Militär- und Zivilpersonen, die während des Algerienkrieges eine Reihe von Putschversuchen unternahmen und von Ausnahmegerichten zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt wurden.

Die große Mehrheit aller Franzosen ist vier Jahre nach Beendigung des Algerienkrieges für eine politische Generalamnestie. So stimmte kein französischer Abgeordneter gegen den Amnestieantrag. De Gaulle hat denn auch die meisten OAS-Häftlinge amnestiert, verweigert jedoch einigen Dutzend Rädelsführern den Gnadenakt.

Die französische Öffentlichkeit hat kein Verständnis dafür, daß Ex-Oberst Argouët und die Ex-Generäle Salan und Jonhaud lebenslänglich im Gefängnis bleiben sollen, wenn eine Reihe ihrer Komplizen in Amt und Würde sind. Führende Zeitungen aller Richtungen, wie "Le Monde", "Figaro" und "Combat" protestieren gegen die "betont persönliche" Haltung de Gaulles in dieser Frage und verlangen eine objektivere Beurteilung im Interesse der ganzen nationalen Gemeinschaft.

### Links- und Rechtsopposition

Dabei unterstreicht die Linksoption die Notwendigkeit, jeder politischen Willkür Einhalt zu gebieten und gleiches Recht für alle herzustellen, auch für die Algerienfranzosen verschiedener Tendenzen. Die Rechtsopposition hingegen betont die Dringlichkeit einer nationalen Aussöhnung vier Jahre nach Beendigung des algerischen Abenteuers. So wurde die gaullistische Teilamnestie von den meisten Parlamentsabgeordneten durch Stimmenthaltung demonstrativ abgelehnt. Nur die gaullistischen Abgeordneten - auch diese nicht vollzählig - und die Kommunisten stimmten für das Regierungsprojekt.

Man schließt daraus, daß die KPF mehr denn je entschlossen ist, ihre Rückkehr zur politischen Salonfähigkeit nicht in Gesellschaft der demokratischen Oppositionsparteien zu vollziehen, sondern in kontinuierlicher Anbiederung an General de Gaulle und sein Regime. Man versteht sehr wohl, daß de Gaulles bevorstehender Moskautesuch gerade in den Reihen der KPF Beifall findet. Dennoch dürfte sie, wenn sie tatsächlich eine selbständige oder zumindest französisch-nationalkommunistische Partei wäre, nicht der antigauillistischen demokratischen Opposition bei jeder Gelegenheit in den Rücken fallen. Leider liegt die Führung der KPF jedoch nach wie vor in den Händen einer alten Garde, die unter Stalin groß geworden ist und seither fast nichts gelernt hat.

Spanien: "Zwei Schritte vor, einen Schritt zurück"

Wachstumsschwierigkeiten einer sich wandelnden Gesellschaft

Die "Zwei Schritte vor, einen Schritt zurück" - in dieser Phasenfolge einer Prozession bewegt sich augenblicklich die vielzitierte, oft gerühmte und häufig gelästerte Liberalisierung in Spanien. Es ist nicht zu leugnen, daß es in Spanien eine echte Liberalisierung gibt - es ist aber ebenso wenig abzustreiten, daß die Widerstände noch sehr beträchtlich sind und sich die Machtverhältnisse zwar lockern, aber nicht grundsätzlich geändert haben. Die Studentenkundgebungen von Barcelona, Bilbao und Madrid lösten in der Arbeiterschaft große Sympathien aus und fanden auch beim Klerus ein offenes Ohr. Die Schattenseite: Verhaftungen, polizeiliche Übergriffe und die Schließung der Universität Barcelona. Es ist nicht nur die Studentenschaft, die vom staatlichen Studentenverband SEU unabhängige Organisationen fordert. Die nervöse Reaktion der Regierung hat tiefere Ursachen: der Furcht Madrids vor dem "katalanischen Partikularismus" sind viele der Ungeheuerlichkeiten zuzuschreiben, die sich gegenwärtig in Katalonien abspielen. So hatte man in Barcelona einen Nichtkatalanen zum designierten Nachfolger des kirchlichen Oberhirten bestimmt. Ob diese Entscheidung klug war, steht auf einem anderen Blatt. Die Reaktion auf diese unstrittene Maßnahme blieb natürlich nicht aus: 409 Geistliche der Nachbardiözese Tarragona forderten den 81-jährigen, als konservativ bekannten Kardinal-Erzbischof Benjamin de Arriba y Castro auf, einen Katalanen als Nachfolger auszuwählen.

Wie die spanische Presse berichtet, traf vor kurzem der britische Labour-Politiker Gwyn Morgan in Barcelona mit Vertretern der Opposition zusammen. Morgan zeichnet für die Auslandsbeziehungen der Labour Party verantwortlich und gehört auch dem innerparteilichen Spanien-Ausschuß an. So frei die Presse seit dem Inkrafttreten des neuen Pressegesetzes auch berichten kann - die Informationen über Morgans Besuch beweisen es - so hat diese Freiheit noch immer gewisse Grenzen. Auf Geheiß des Informationsministeriums wurde die Mai-Ausgabe der Zeitschrift der katholischen Arbeiterjugend "Juventud Obrera" (Auflage 40 000) eingestampft und die verantwortlichen kirchlichen Behörden kritisiert, weil die Zeitschrift einen Artikel zum 1. Mai brachte. Auch der Verkauf der französischen katholischen Zeitung "La Croix" wurde aus ähnlichen Gründen untersagt.

Das sind Rückschläge - doch es gibt auch Fortschritte. Die Geschäftsleitung der Babcock-Wilcox-Metallwerke in Bilbao mußte die Lohnforderungen der 1 200 streikenden Arbeiter anerkennen und die 16 als "Streik-Rädelsführer" entlassenen Arbeitnehmer wieder einstellen. Der Nationalrat der spanischen Studentenvereinigungen - ein neben der SEU selbständiges Organ - stieß ebenfalls nicht auf Widerstand, als er dem SEU-Kommissariat die Fähigkeit absprach, die Interessen der Studenten zu vertreten.

Es ist nicht immer böser Wille, wenn es zu Rückschlägen kommt häufig ist es ein Mangel an Beweglichkeit, Sachkenntnis und Einfühlungsvermögen, der - auf Regierende und Regierte gleichermaßen verteilt - zu Wachstumsschwierigkeiten einer sich wandelnden Gesellschaft führt. Die Lage in Spanien wurde oft in Schwarzweißmalerei dargestellt, doch niemand hat bisher bedacht, daß Spanien wirtschaftlich und politisch noch immer ein Entwicklungsland ist.